Nachrichten aus der islamischen Welt

Islamische Republik Iran

Am 16. März verstarb in Teheran Hajj Seyyed Ahmad Khomeini, der Sohn des Begründers der Islamischen Republik Iran, Imam Khomeini (r.a.) plötzlich und unerwartet an den Folgen eines Gehirnschlages. Insbesondere in der Islamischen Republik Iran, aber auch in vielen anderen muslimischen Ländern wurde dieses tragische Ereignis mit großer Bestürzung und Trauer aufgenommen. Hojjatoleslam wa-l-muslimin Ahmad Khomeini hatte sich insbesondere im Vorfeld und im Verlauf der Islamischen Revolution im Iran an der Seite Imam Khomeinis (r.a.) mit seinem unermüdlichen Einsatz und seiner Opferbereitschaft Anerkennung und Wertschätzung erworben. Seinem Engagement auf der Seite der revolutionären Muslime gegen die arroganten und ausbeuterischen Mächte ist er bis zu seinem Tode treu geblieben. Hajj Seyyed Ahmad Khomeini wurde am 18. März unter großer Anteilnahme, die zuweilen Erinnerungen an das Begräbnis Imam Khomeinis (r.a.) von neuem weckten, auf dem Märtyrerfriedhof Beheschte-Zahra beigesetzt. Möge der Allbarmherzige Sich seiner erbarmen.

Tschetschenien

Einem Dokument von Experten des russischen Menschenrechtskommissariats zufolge haben allein in den ersten zwei Monaten der Kämpfe zwischen Tschetschenen und Russen bis zum 25. Januar d. J. mindestens 25000 tschetschenische Zivilisten den Tod gefunden, darunter 3700 Kinder unter 15 Jahren. Die Anzahl der getöteten bewaffneten Tschetschenen belief sich in diesem Zeitraum auf ca. 650.

Über Verluste auf seiten der Russen wurden keine Angaben gemacht. Nach offiziellen Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden mindestens 1000 Soldaten, die Hälfte davon allein im Kampf um die Hauptstadt Grosny getötet.

Mitte März wurde auch die Stadt Argun erobert. Gegen die mit schwerer Artillerie vorrückenden Russen bleibt den schlecht ausgerüsteten Tschetschenen nur der Rückzug ins Gebirge.

Palästina

Anläßlich des internationalen Qudstages am letzten Freitag im Fastenmonat Ramadan haben überall auf der Welt Millionen von Muslimen friedlich für die Befreiung Palästinas und die Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes demonstriert. Im Mittelpunkt der Demonstrationen standen Forderungen nach einer Beendigung der jahrzehntelangen massiven Verletzungen der elementaren Menschenrechte der Palästinenser durch das zionistische Besatzungsregime, sowie die Verurteilung der massiven militärischen und finanziellen Unterstützung des zionistischen Regimes vor allem durch die USA und andere westliche Staaten. Während der Westen das zionistische Regime nuklear aufgerüstet und damit zu einer Gefahr für die gesamte Region habe werden lassen, sollen gleichzeitig die islamischen Länder mit allen Möglichkeiten zu einer Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags genötigt werden.

Überall auf der Welt bekundeten die Demonstranten ihre Solidarität mit den entrechteten und unterdrückten Völkern und verurteilten die Völkermorde in Tschetschenien, Bosnien-Herzegowina, Kaschmir und die Verfolgung von Muslimen in anderen Staaten.

Auch in Köln haben aus diesem Anlaß am 25. Februar mehrere Tausend Muslime verschiedener Nationalitäten demonstriert.

Unermüdlich arbeitet das zionistische Regime daran, al-Quds (Jerusalem) zu einer Stadt frei von Arabern zu machen.

Während Araber mit allen erdenklichen Mitteln daran gehindert werden, neue Häuser im Ostteil der Stadt zu errichten, werden gleichzeitig zionistische Siedlungen aus dem Boden gestampft.

Eine Sonderabteilung, die allein für Baumaßnahmen im Ostteil von al-Quds zuständig ist, läßt von Inspektoren regelmäßig Aufnahmen von Wohnhäusern, Fabriken und anderen Gebäuden machen, die dann von Experten mit Aufnahmen der vergangenen Jahre verglichen und ausgewertet werden. Selbst Luftaufnahmen werden zu diesem Zweck aus Hubschraubern gemacht. Werden Veränderungen und damit ein Verstoß gegen zionistische Vorschriften festgestellt, wird der Befehl zur Zerstörung der entsprechenden Bauten gegeben, der dann innerhalb von 72 Stunden in die Tat umgesetzt wird. Nach Angaben einer zionistischen Stadträtin wurden derartige Bemühungen seit dem Abschluß des Gaza-Jericho-Abkommens intensiviert. Gemäß dem Autonomieabkommen soll der Status von al-Quds nicht vor 1996 diskutiert werden.

Das zionistische Regime hatte den Ostteil von al-Quds 1967 annektiert und die Stadt zu seiner "ungeteilten ewigen Hauptstadt" erklärt.

Zionistische Archäologen haben Mitte Februar begonnen, in unmittelba-

rer Nähe der al-Aqsa-Moschee eine antike römische Straße auszugraben, trotz heftiger Proteste seitens islamischer Geistlicher, die darin eine große Gefährdung für das islamische Heiligtum sehen. Mit den Ausgrabungen wird ein Projekt fortgeführt, das seit 1982 ausgesetzt worden war. Die Arbeiten sollen im kommenden Jahr beendet werden.

Der Großmufti der Al-Azhar-Moschee in Kairo, Jad al-Haq, hat die Muslime aufgerufen, danach zu streben, das islamische al-Quds von der zionistischen Besatzung zu befreien und davor zu schützen. Er verurteilte die Vereinten Nationen, die ihre Resolutionen bezüglich al-Quds nicht realisieren und andere internationale Organisationen, die sich in dieser Frage inkonsequent verhalten. Das Schicksal von al-Quds bezeichnete er als von zentraler Bedeutung für die Muslime.

Bosnien-Herzegowina

Mitte März haben bosnische Serben aus einem UNO-Depot in der Nähe Sarajewos Artilleriegeschosse, darunter Kanonen und Mörser, abtransportiert. Derartige schwere Waffen sind gemäß der Beschlüsse des Sicherheitsrates in einem Umkreis von 20km um die Schutzzonen verboten. Um Sarajewo wurden allein für die schweren Waffen der bosnischen Serben neun Sammellager eingerichtet.

Nachdem die seit Anfang des Jahres gehegten Hoffnungen auf einen wirksamen Waffenstillstand endgültig gescheitert sind, haben die Kämpfe vor allem in der Region um die UNO-Schutzzone Tuzla im Nordosten Bosniens und in Zentralbosnien wieder zugenommen. Die bosnische Regierung lehnt es ab, sich einem ungerechten Frieden zu beugen. Nachdem ihre Truppen vor allem in Zentralbosnien wieder Gebiet zurückerobern konnten, hat Serbenführer Karadzic zunächst noch unmittelbare und direkte Friedensverhandlungen gefordert und dann Ende März die totale Generalmobilmachung angeordnet. Gleichzeitig haben die Serben ihre Artillerieangriffe gegen bosnische Städte verstärkt; betroffen waren vor allem Gorazde, Sarajewo, Tuzla und Mostar.

Afghanistan

Nachdem in den vergangenen Wochen die Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Gruppierungen vor allem um die Hauptstadt Kabul wieder zugenommen haben, scheint eine Verwirklichung des ursprünglich für Mitte März geplanten Machtwechsels fraglicher denn je.

Nach wie vor erscheint angesichts der unterschiedlichen und zum Teil entgegengesetzten Ansprüche der verschiedenen Gruppierungen ein Kompromiß und damit eine Befriedung des Landes unmöglich.

Nach ihren bedeutsamen militärischen Erfolgen in den vergangenen Wochen hat die Taliban-Miliz versucht, eine Schlüsselrolle zu übernehmen. Nach Angaben des von den Vereinten Nationen eingesetzten Vermittlers Mestiri fordert die Miliz als neutrale Kraft in Kabul aktiv zu werden. Die Taliban-Miliz will eine Entwaffnung der verschiedenen Gruppierungen durchsetzen. Die Mujahidin, die 1989 die Truppen der ehemaligen Sowjetunion aus dem Land vertrieben, sehen sie als Kriminelle an und lehnen ihre Beteiligung an der Macht grundsätzlich ab; die Mujahidin haben ihrer Meinung nach in den seit dem Sturz des kommunistischen Regimes anhaltenden Auseinandersetzungen den Tod von mehr als 20000 Menschen verursacht.

Die Taliban-Miliz hat den in ihrer Gefangenschaft befindlichen Generalsekretär der Islamischen Einheitspartei, Hojjatoleslam Mazari, und andere Vertreter der Partei Mitte März bei Kabul getötet.

Kurznachrichten

Bei einem Angriff *algerischer* Soldaten gegen eine Versammlung des islamischen Widerstandes Ende März wurden inoffiziellen Angaben zufolge mindestens 600 Menschen getötet. Das algerische Militärregime hatte eine Offensive gegen den islamischen Widerstand begonnen. Seit dem Sieg der islamischen Heilsfront (FIS) bei den Parlamentswahlen 1992 und den anschließenden Militärputsch wurden in Auseinandersetzungen mit dem Militär mehr als 40000 Menschen getötet.

Ein U-Boot-Geschäft der Bundesrepublik mit "Israel" wurde im Haushaltsausschuß trotz Änderungsanträgen von Bündnis90/Die Grünen und PDS unverändert bestätigt. Die Bundesregierung hat 80 Millionen DM Barmittel sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 220 Millionen DM für die Beschaffung von U-Booten bestätigt. In einem Regierungsabkommen war 1991 der Bau von zwei U-Booten vereinbart worden; darüber hinaus soll auch der Bau eines dritten U-Bootes subventioniert werden.

Nach Angaben des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London ist *Kuwait* das Land, das prozentual gemessen am Pro-Kopf-Vermögen am meisten in Rüstung investiert. Im Zeitraum von 1992 bis 2004 will Kuwait insgesamt 12 Milliarden US$ für Rüstungsausgaben aufwenden. Mitte des Jahres wird es die erste Lieferung von insgesamt Hunderten in den USA, Großbritannien und Rußland georderten Panzern, Raketen und Panzerfahrzeugen erhalten, bestehend aus 218 amerikanischen MKA2-Panzern im Wert von zwei Milliarden US$, 254 britischen Panzerfahrzeugen im Wert von einer Milliarde US$, einer unbestimmten Anzahl von russischen BMP-3 Panzerfahrzeugen und einem russischen Raketensystem im Wert von 760 Millionen US$.

Der *libanesische* Premierminister Rafik al-Hariri hat Mitte März erklärt, seine Regierung werde unter keinen Umständen die Forderungen des zionistischen Regimes nach Entwaffnung des Widerstandes akzeptieren. Anläßlich des 17. Jahrestag seit der ersten Invasion des zionistischen Regimes in den Südlibanon erklärte al-Hariri, das Kabinett betone das Recht der Libanesen, sich der zionistischen Besatzung zu widersetzen.

Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die *Türkei* im Januar dieses Jahres bekommen vor dem Hintergrund der Offensive des türkischen Militärs gegen die Kurden auf irakischem Gebiet eine neue Dimension. Während sich der Bundestag aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen des türkischen Regimes gegenüber der kurdischen Bevölkerung ein-

stimmig für einen vorläufigen Abschiebestopp von Kurden ausgesprochen hatte, hat die Bundesregierung Anfang des Jahres Rüstungsgüter im Wert von 52 Millionen DM an die Türkei geliefert, darunter mehr als einhundert Panzer und Ersatzteile für Panzer und Flugzeuge. Inzwischen gilt es als sicher, daß diese Waffen nicht allein für NATO-Zwecke, sondern auch bei der Vernichtung kurdischer Dörfer im Nordirak Verwendung fanden.

Der Direktor des Präsidentenbüros für politische Angelegenheiten *Ägyptens*, Usama al-Baz, hat die Absicht Kairos bekräftigt, den Atomwaffensperrvertag nicht zu unterzeichnen, solange das zionistische Regime an der Weigerung festhalte, dem Abkommen beizutreten. Er erklärte, daß "Israel" das einzige nukleare Regime in dieser Region sei und das dadurch verursachte Ungleichgewicht die Stabilität der gesamten Region gefährde. Al-Baz verurteilte ferner, daß das zionistische Regime sich nach wie vor weigere, seine nuklearen Anlagen für internationale Kontroll- und Inspektionsteams zu öffnen.

Nach Geheimdienstberichten arbeiten mindestens 90 us-amerikanische Atomwissenschaftler in verschiedenen nuklearen Forschungszentren im besetzten Palästina. Diese Experten sind im Rahmen eines Wissenschaftsabkommens tätig, das 1983 zwischen den USA und dem zionistischen Regime unterzeichnet wurde, 1990 bereits verlängert wurde und 1997 erneut verlängert werden kann.

Nach Angaben von "Jane's Defense Weekly" sieht die atomare Infrastruktur des zionistischen Regimes u.a. wie folgt aus:

- Nuklearwaffen werden im Soreq-Forschungszentrum entwickelt, das mit einem von den USA errichteten Forschungsreaktor ausgestattet ist.
- Eine atomare Raketenbasis in Kefar Zekharya westliche von al-Quds hat 50 unterirdische Bunker mit mindestens 50 Jericho II-Raketen, die mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet sind.
- Waffenfähiges Plutonium wird in Dimona produziert.
- Taktische nukleare Waffen werden in Eillabun gelagert.
- Atomar aufrüstbare Raketen werden im Palmikim-Testgelände südlich von Tel Aviv geprüft.

Insgesamt wird die Anzahl der atomaren Sprengköpfe des zionistischen Regimes auf 200 geschätzt.

Der Atomwaffensperrvertrag ist seit 1970 von inzwischen mehr als 170 Nationen für zunächst 25 Jahre unterzeichnet worden; die Verlängerung des Abkommens wird Mitte April fällig. Der Atomwaffensperrvertrag verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten, ihre nuklearen Anlagen für internationale Inspektionen zu öffnen und keine atomaren Bomben herzustellen.

Die fünf Atommächte USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China, die ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates mit Vetorecht sind, haben für sich selbst das Exklusivrecht eingeräumt, im Besitz ihrer nuklearen Waffen zu bleiben.

Ägypten und die Arabische Liga haben einen Vertrag ausgearbeitet, in den nicht nur die 22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga, sondern auch die Islamische Republik Iran und das zionistische Regime eingeschlossen werden sollen. Dieser Vertrag sieht die Bildung einer Organisation vor, die sicherstellt, daß keiner der Unterzeichnerstaaten atomare, chemische oder biologische Waffen entwickelt, produziert, testet, lagert oder gebraucht. Der Vertrag könnte nur in Kraft treten, wenn sieben Länder, nämlich Ägypten, Iran, Jordanien, Algerien, Irak, Saudi Arabien, Syrien und das zionistische Regime diesen unterzeichnen.

Der von den sechs im Kooperationsrat zusammengeschlossenen Staaten Katar, Oman, Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate bis zum Jahr 2000 geplante gemeinsame Markt ist trotz einiger Fortschritte in Richtung einer Zollunion nach Meinung von Experten kaum zu erreichen. Insbesondere eine Währungsunion scheint bisher kaum realisierbar.

Nach der 1981 beschlossenen Verteidigungs, Wirtschafts- und politischen Zusammenarbeit soll der gemeinsame Markt neben einer Zollunion auch die Börsen vereinen und die Ausrichtung der Währungskurse nicht mehr am US-Dollar sicherstellen.

Die *saudiarabische* Botschaft in Islamabad hat ca. 26000 Pakistanis, die sich selbst um ihre Unterbringung während der diesjährigen Pilgerfahrt nach Mekka kümmern wollten, das Visum verweigert. Wie der Vorsitzende der für das Wohlergehen der Pilger zuständigen Organisation erklärte, sollten die Pilger nicht gezwungen werden, in Gebäuden zu wohnen, die nicht ihrer Wahl entspreche. Die saudische Botschaft hatte die Ausstellung der Visa mit dem Hinweis verweigert, die pakistanischen Pilger würden entlang der Straßen und Wege kampieren und damit Probleme verursachen.

Kulturelles

Die Überreste einer ca. 7000 Jahre alten Siedlung wurden nahe der ostiranischen Stadt Shahroud unter einem Hügel entdeckt. Bisher wurden Steinwerkzeuge, Ton- und Lehmwaren ausgegraben. In der Umgebung der Stadt befinden sich weitere 50 Hügel, unter denen weitere historische Gegenstände vermutet werden.

In der albanischen Hauptstadt Tirana haben die Bauarbeiten für das größte islamische Zentrum des Landes begonnen. Das auf einer Fläche von 17000km² entstehende Zentrum wird eine Moschee, eine Bibliothek und eine große Schule umfassen. Die Baukosten werden von einer kuwaitischen Familie übernommen. Ca. 70% der 3,2 Millionen Einwohner Albaniens bekennen sich zum Islam.

Mittlerweile befaßt sich der Vatikan mit Plänen, in der Nähe des Zentrums eine große Kirche für die ca. 10% katholischen Albaner zu erbauen.

Die größte jemals mit der Hand angefertigte Abschrift des Heiligen Qur'ān, 192x122cm groß, wurde nach 30jähriger Anstrengung nunmehr fertiggestellt. Dieser Qur'ān wurde ursprünglich 1964 entworfen und 1992 im Osman Taha-Stil beendet. Die Verse wurden auf grobes Leinenmaterial geschrieben, während dekorative Ausschmückungen später als Öl auf Leinwand hinzugefügt wurden. Jede Seite dieses historischen Werkes und jeder Qur'ānvers unterscheiden sich darüber hinaus auch in der Farbe.